

Flüchtlinge

Was wir Migranten schulden – und was nicht

Die Flüchtlingsfrage spaltet die Deutschen, sie spaltet Europa. Nun, da sich mit sinkender Flüchtlingszahl die Emotionen etwas gelegt haben, ist eine Inventur der Argumente angebracht, um die gesellschaftliche Atmosphäre etwas zu entgiften.

19.08.2016, von PROFESSOR DR. RICHARD SCHRÖDER



© ZB

Viele Medien haben in den vergangenen Monaten deutlich zu viele Beschwichtigungsversuche unternommen und dabei die vorhandenen Ängste nicht wahrhaben wollen. Außerdem fehlte es oft an Wahrhaftigkeit. Das hörte sich etwa so an: **Migration** hat es in Europa immer gegeben. Immer gab es zunächst Widerstände. Aber immer war sie schließlich für alle ein Gewinn. Wenn wir die Einwanderung der Sinti und Roma sowie der osteuropäischen Juden beiseitelassen, die wir doch nicht als gelungen schönreden werden, mag das für die übrigen Wanderungsbewegungen in Richtung Deutschland der letzten Jahrhunderte zutreffen. Das waren aber immer nur innereuropäische Wanderungen, und die sind auch heute völlig

unproblematisch. Auch fernöstliche Immigranten aus China, Vietnam, Korea lassen keine Integrationsprobleme erkennen. Überall in Europa aber gibt es erhebliche Integrationsprobleme mit Migranten aus islamischen Ländern. Die Hauptprobleme sind die mitgebrachten Ansichten über Frauen, Juden, Homosexuelle, Abfall vom Islam und das Verhältnis zwischen Staat und Religion.

Manche sagen: Franzosen und Briten haben in der Integrationspolitik völlig versagt, wir machen jetzt alles besser. Das wird sich noch erweisen müssen. Derzeit herrscht Ernüchterung vor, weil manche Migranten anders reagieren, als wir es erwartet haben. Sie sind oft mit hochfliegenden Erwartungen gekommen, die enttäuscht werden mussten. Wir haben die Einwanderer wohl zunächst weithin nach dem Muster der **Flüchtlinge** gedeutet, die vor den Nazis um ihr Leben flohen. Wir pflegen ja nur von Flüchtlingen zu reden, obwohl weniger als die Hälfte derer, die da zu uns kommen, tatsächlich als Flüchtlinge anerkannt wird. Korrekter sprechen wir von Migranten.



© DPA

Der Verfasser war Fraktionsvorsitzender der SPD in der frei gewählten Volkskammer der DDR und ist jetzt Vorsitzender des Beirats beim Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BStU).

Die gegenwärtigen Migrationsströme unterscheiden sich deutlich von früheren. Verfolgte und Vertriebene waren bisher immer relativ homogene Gruppen, Hugenotten, Böhmisches Brüder, auch die Vertriebenen von 1945, auch die geflüchteten DDR-Bürger. Nun kommen sie aus vieler Herren Länder. Ausländer sind aber für andere Ausländer auch Ausländer. Deshalb gibt es nun neben dem Fremdenhass von Deutschen gegen Migranten zusätzlich den von Migranten gegen Migranten. Und kein einziger Hugenotte, Herrnhuter oder Vertriebener ist in zwei- bis dreihundert Jahren je auf die Idee gekommen, möglichst viele Unschuldige seines Gastlands umzubringen.

Lange Zeit sind arbeitssuchende Migranten wie die Ruhrpolen oder die Gastarbeiter sozusagen in den Arbeitskräftebedarf eingewandert. Sie wurden ja nach Bedarf angeworben. Heute kommen sie nicht, weil unser

Arbeitsmarkt nach ihnen ruft, und sind größtenteils zunächst und wohl auf sehr lange Zeit gar nicht für ihn qualifiziert. Die meisten Migranten der letzten Million haben keine abgeschlossene Berufsausbildung und sind zu einem noch nicht exakt erhobenen Anteil Analphabeten. Sie wollen zum größten Teil auch keine Berufsausbildung absolvieren, sondern brauchen das schnelle Geld, um entweder ihre Schulden bei den Schleppern zu bezahlen oder ihren Großfamilien das erwartete Geld zu überweisen. Schätzungen über die Kosten der Migranten des vergangenen Jahres divergieren stark. Manche rechnen mit 150 bis 400 Milliarden minus dauerhaft.

Was wäre Berlin ohne die Hugenotten, heißt es. Da kamen aber berufliche Spezialisten aus dem damaligen Hochtechnologieland **Frankreich** in des Heiligen Römischen Reiches Streusandbüchse – mit Fertigkeiten, die hier in Sumpf und Sand unbekannt waren.

Und die Anzahl der Auswanderungswilligen ist diesmal unabsehbar. Aufgrund von Befragungen wird geschätzt, dass etwa 500 Millionen aus Nahost, Mittelost und Afrika nach Europa kommen würden, wenn sie könnten. Daraus ergibt sich zwingend, dass Europa die Einwanderung kontrollieren und regulieren muss. Wer offene Grenzen Europas für alle fordert, die kommen wollen, will einige bekannte Tatsachen nicht wahrhaben.

Mehr zum Thema

Flüchtlinge: Asylverfahren dauern immer länger

Merkel: Kein Zusammenhang zwischen Flüchtlingszuzug und Terrorgefahr

Zehntausende Flüchtlinge sitzen in Südosteuropa fest

Der derzeitige Immigrationsdruck auf Europa ist aber auch zeitlich unabsehbar. Bisher waren Migrationsschübe zeitlich begrenzt, weil Verfolgungen und Vertreibungen, aber auch der Bedarf an Gastarbeitern zeitlich begrenzt waren. In einer Ausnahmesituation, etwa bei Bürgerkrieg im Nachbarland oder nach einer Naturkatastrophe, kann jedes Land sehr viele Flüchtlinge irgendwie aufnehmen, notfalls durch Zwangsbewirtschaftung auch des privaten Wohnraums, wie nach 1945. Aber solche Überforderungen kann kein Land auf Dauer ertragen. Angesichts eines tendenziell unbegrenzten Migrationsdrucks müssen unsere Aufnahmekapazitäten unter Bedingungen dauerhafter Normalität, also ohne Zusammenbruch der üblichen Abläufe, in Rechnung gestellt werden. Und da hat sich ergeben: Eine Million Migranten jährlich überfordert Deutschlands organisatorische Möglichkeiten bereits massiv und führt zudem zu schwer kalkulierbaren, überwiegend ablehnenden Reaktionen der einheimischen Bevölkerung, einschließlich integrierter Migranten, die über Massenzuwanderung aus ihren Heimatländern gar nicht erfreut sind.

Das Argument der Organisation **Oxfam**, arme Länder würden viel mehr Flüchtlinge aufnehmen als reiche, ist doppelt schief. Arm oder reich macht

hier nicht den Unterschied, sondern Nähe und Ferne zu den Herkunftsländern. Die Nachbarn der zerfallenen Staaten bringen notgedrungen Hunderttausende seit Jahren in quadratkilometergroßen Zeltlagern unter. Diese Lösung schließen wir für Deutschland aus. Oxfam unterstellt zudem, die beste Hilfe für Flüchtlinge sei, sie aus fernen Ländern zu uns zu holen. Aber stimmt das denn auch? Wir bezahlen für jeden Migranten, ehe er seinen Lebensunterhalt selbst verdienen kann, monatlich das jährliche Durchschnittsgehalt der Herkunftsländer. Von demselben Geld könnte im Herkunftsland fünfzig Menschen geholfen werden.

Was sind die Ursachen für die gewaltigen Migrationsströme? Man möchte an erster Stelle Bürgerkriege verantwortlich machen. Das ist nicht falsch. Aber die meisten Bürgerkriegsflüchtlinge suchen Sicherheit im eigenen Land oder in Nachbarländern, weil sie sich dort besser zurechtfinden als in fernen Ländern, deren Sprache sie nicht kennen, aber auch deshalb, weil viele kein Geld für Fernreisen haben – und Visa auch nicht. Denn Flüchtlinge haben zwar das Recht, ohne Genehmigung die Grenze zu überschreiten, die sie vor Verfolgung rettet. Sie haben aber kein Recht auf visafreies Reisen weltweit. Überall in der Welt ist ungenehmigte Einreise strafbar.

Der Migrationsstrom des vorigen Jahres nach Europa lässt sich so aber nicht erklären. Denn jene Bürgerkriege waren gar nicht plötzlich heftiger geworden. Die Flüchtlinge kamen überwiegend aus Lagern in für sie sicheren Nachbarländern. Da aber einige reiche Länder ihre Beiträge für das UN-Flüchtlingshilfswerk, das die Lager unterhält, nicht gezahlt hatten, mussten die Nahrungsmittelrationen unzumutbar gekürzt werden. Das löste den Flüchtlingsstrom aus. Ein bisschen erinnert das an den Februar 1990, als Leipziger Demonstranten drohten: „Kommt die D-Mark, bleiben wir, kommt sie nicht, gehen wir zu ihr.“

Es waren Hoffnungs- und Perspektivlosigkeit, von wohlhabenden Ländern leichtfertig in Kauf genommen, die diesen Flüchtlingsstrom nach Europa in Gang gesetzt haben. Nicht der niedrige Lebensstandard, nicht einmal das Leben in einem Flüchtlingslager allein führt zu Massenmigration, sondern die Hoffnungslosigkeit. So war es auch im Herbst 1989. Der Lebensstandard war in der DDR gar nicht akut gesunken, aber der Widerstand der SED-Führung gegen Gorbatschows Kurs löste Endzeitstimmung aus.

Als weitere Fluchtursachen werden zumeist Hunger und Elend genannt. Auch das stimmt so nicht ganz. Nach Europa gelangen nicht die Ärmsten. Denen kann, nota bene, nur vor Ort geholfen werden. Sie können die Tausende Euro, die Schlepper verlangen, gar nicht aufbringen. Die zu uns kommen, sind sichtlich nicht unterernährt. Aus Afrika kommen vorwiegend Angehörige der (unteren) Mittelschicht, aus Nahost auch Besserverdienende. Oft legen Großfamilien zusammen, um einen Residenten in Europa zu haben, der sie unterstützt. Dagegen ist nichts einzuwenden, wenn er seinen Lebensunterhalt hier selbst verdient. Es gibt erfreulicherweise Erfolge im Kampf gegen die lähmende Armut der

Unterernährung. Das wird aber den Migrationsdruck nicht mindern, sondern die Zahl derer erhöhen, die sich die Reise nach Europa leisten können.

Die modernen Kommunikationsmöglichkeiten zeigen auch dem hintersten Winkel dieser Welt, wie wir im nördlichen Westen leben. Und erfolgreiche Migranten in Europa telefonieren reichlich mit ihren fernen Verwandten. Dabei entstehen auch übertriebene Erwartungen an das, was Auswanderer hier erwartet. Schlepper streuen zudem Gerüchte. Das erklärt die Enttäuschung mancher Migranten, die sich betrogen fühlen, wenn sie das fälschlich Versprochene nicht bekommen.

Menschenschmuggel ist übrigens heute für die organisierte Kriminalität einträglicher als Rauschgift- und Waffenschmuggel. Diese menschenverachtende Geldgier war und ist die Hauptursache für das massenhafte Ertrinken im Mittelmeer auf hochseeuntüchtigen Booten. Den Schleppern könnte das Handwerk gelegt werden, wenn alle Schlepperboote an die afrikanische Küste zurückgebracht würden und es dort Lager gäbe, in denen Anträge auf Asyl oder Einreise gestellt werden können.

Im Hintergrund der Migrationsströme dürfte aber als mächtiger Motor der demographische Faktor stehen. Die Kindersterblichkeit ist in den Herkunftsländern gesunken, nicht aber die Kinderzahl. Für die zweiten, dritten, fünften Söhne hinterlässt aber die Elterngeneration keine Arbeitsplätze. Sie müssten neu geschaffen werden. Das dürfte auch ein Grund dafür sein, dass mehr als siebzig Prozent der Migranten aus Syrien, dem Irak und Afghanistan alleinstehende junge Männer sind. Die haben, wie man von Soldaten wissen kann, oft ein sexuelles Problem. Gunnar Heinsohn behauptet plausibel, dass dieser Überschuss an jungen arbeitslosen Männern die Rekrutierung von Bürgerkriegern enorm vereinfacht, also auch den Terror befördert.

Europa hatte im 19. Jahrhundert dasselbe demographische Problem. Viele junge Männer, die den elterlichen Hof nicht erben konnten, gingen in die entstehende Industrie, andere wanderten in die Neue Welt aus. Dort wurde ihnen aber nicht das Existenzminimum als Sozialleistung angeboten, sondern Ackerland im Wilden Westen oder fürs Erste ein Job als Tellerwäscher. Beides ist in Europa heute nicht zu vergeben. Für eine vernünftige Urteilsbildung in Sachen Migration sind zwei Unterscheidungen unentbehrlich. Erstens die Unterscheidung zwischen Flüchtlingen, die einer Gefahr für Leib und Leben oder einer schwerwiegenden Beeinträchtigung ihrer Menschenwürde entronnen sind und zunächst Bleiberecht für die Dauer der Gefahr erhalten, und Einwanderern, die ihre Heimat dauerhaft oder auf Zeit verlassen, um anderswo bessere Lebenschancen zu finden.

Das eine Mal entscheidet das Woher, das andere Mal das Wohin. Für die Migranten selbst kann sich beides verbinden. Sie wollen zum Beispiel dem syrischen Bürgerkrieg entfliehen, aber unbedingt nach Deutschland oder Schweden, weil sie dort am kräftigsten unterstützt werden. Dieser Plan ist ihnen nicht zu verübeln. Einen Rechtsanspruch haben sie aber nur auf

Schutz und nicht auf Glück. Und die aufnehmenden Staaten unterscheiden bei der Gewährung von Aufenthaltsrechten ganz klar: Flüchtling oder Einwanderungswilliger? Flüchtlinge bekommen immer zunächst nur ein Aufenthaltsrecht für drei Jahre. Einwanderer müssen eine ganze Reihe von Bedingungen erfüllen, um einen Aufenthaltstitel zu erlangen. Jedenfalls müssen sie für ihren Lebensunterhalt selbst aufkommen können, was für Flüchtlinge keine Aufnahmebedingung sein darf, denn bei ihnen geht es ja um ihr Leben.

Flüchtlingen schützenden Aufenthalt zu gewähren ist eine Forderung der Humanität. Das darf auch etwas kosten, oder: Es muss sich nicht lohnen. Obergrenzen darf es hier höchstens geben, wenn wirklich Überlastung droht. Ultra posse nemo obligatur, niemand ist verpflichtet, mehr zu leisten, als er kann. Diese Schutzverpflichtung gilt auch, wenn sie über sichere Staaten zu uns kommen, ohne dort bereits Asyl beantragt zu haben.

Bei Einwanderern dagegen dürfen wir unsere Interessen geltend machen und auch Obergrenzen festlegen. Einwanderung muss sich auch für uns lohnen. Jedenfalls darf sie auf lange Frist nicht defizitär sein. Und immer muss gelten: Nothilfe hat Vorrang vor Wohlfahrtshilfe.

Deutschland hat sich nun ein Spezialproblem geschaffen, indem es jedem, der ankommt und Asyl beantragt, bis zur Entscheid Aufenthalt und Geldleistungen gewährt. Das ist offenbar ein mächtiger Anreiz zum Kommen, auch im Fall eines völlig aussichtslosen Asylantrags. Aber unsere Einwanderungsbedingungen sind sehr restriktiv. Deshalb beantragen diejenigen, die eigentlich einwandern wollen, Asyl.

Daran haben wir uns so gewöhnt, dass wir bei Flüchtlingen ganz selbstverständlich annehmen, sie kommen, um zu bleiben. Nach dem Ende des Bosnien-Krieges sind aber die meisten Flüchtlinge zurückgegangen; es kann im Fall Syrien auch so sein. Und wir haben die Zuwanderung de facto ersetzt durch die Einbürgerung von integrierten Flüchtlingen auch dann, wenn die Hinderungsgründe für eine Heimkehr nicht mehr bestehen.

Gegen diese Einbürgerung ist nichts einzuwenden, sobald Flüchtlinge für ihren eigenen Lebensunterhalt tatsächlich aufkommen. Unsere Interessen hinsichtlich der Lücken in unserem Arbeitsmarkt werden so aber kaum berücksichtigt. Das wäre aber die Aufgabe einer vernünftigen Einwanderungspolitik. Die deutsche Wirtschaft hat sich bisher für großzügigen Zuzug ausgesprochen. Das ist vielleicht nicht ganz uneigennützig. Denn auch wenn lediglich zwanzig Prozent der Flüchtlinge in absehbarer Zeit in den Arbeitsmarkt integriert werden können, wäre das für sie ein Vorteil. Die Kosten der übrigen achtzig Prozent trägt derweil der Staat oder die Allgemeinheit. Ungeregelte Zuwanderung ist die unrentabelste Art, fehlende Arbeitskräfte zu gewinnen. Dass diejenigen bleiben dürfen, die es bis zu uns geschafft haben, ist zudem eher sozialdarwinistisch als gerecht.

Noch schwerer wiegt aber, dass über Jahre hin diejenigen, die kein Bleiberecht bekommen konnten, trotzdem hierblieben, sodass sich in

Deutschland die irrige Auffassung namentlich unter Intellektuellen verbreitet hat, jeder, der kommt, dürfe bleiben und sollte auch bleiben dürfen. Weit verbreitet scheint auch die Auffassung, Grenzen, die nicht für alle Menschen durchlässig sind, seien eigentlich überholt und jedenfalls inhuman. Es kann aber keinen Staat geben ohne Grenzen und ohne Grenzregime. Wo zwischen Staaten die Aufhebung der Grenzkontrollen vereinbart wird, muss das Grenzregime an die gemeinsamen Außengrenzen verlagert werden.

Kontrollierte Grenzen sind einerseits aus demokratischen Gründen nötig. Die Einwohner wollen mindestens durch ihre Regierung entscheiden, wer kommt und bleiben darf. Sie sind aber auch aus staatsorganisatorischen oder bürokratischen Gründen nötig. Staatsgebiet, Staatsvolk und Staatsgewalt kann es immer nur in einem begrenzten Gebiet geben. Namentlich der Sozialstaat schließt unkontrollierten Zuzug aus, andernfalls stünden unbegrenzten Ausgaben begrenzte Einnahmen gegenüber. Aber auch die Rechtssicherheit kann nur von Institutionen gewährleistet werden, die für ein definiertes Gebiet zuständig sind. „Die Denkfigur nationaler Homogenität ist historisch überholt“, wird behauptet. Mit dieser Homogenität war es noch nie weit her in Europa. Preußen und Habsburg waren Vielvölkerstaaten. Es werden aber auf absehbare Zeit alle Staaten Europas bei ihren bisherigen Amts- und Verkehrssprachen bleiben. Diese sprachliche Homogenität wird fortbestehen. Auch das Interesse an der jeweiligen Nationalkultur, an nationalen Gedenk- und Feiertagen wird Bestand haben. Integration heißt doch nichts anderes, als mit alledem vertraut zu werden, ob das nun Leitkultur oder sonst wie genannt wird.

Und wie steht es mit den Armuts- oder Wirtschaftsflüchtlingen? Manche behaupten, sie müssten den Flüchtlingen gemäß Genfer Konvention gleichgestellt werden, denn Hunger und Bomben töten gleichermaßen. Bomben rechtfertigen aber gar nicht jenen Flüchtlingsstatus, denn der gilt nur für individuell Verfolgte. Sie rechtfertigen aber den minderen Status des subsidiären Schutzes, weil niemand in ein Land zurückgeschickt werden darf, in dem ihm Gefahr für Leib und Leben droht. Auch das ist so ganz in Ordnung.

Jene Gleichsetzung von Hunger und Bomben ist aber aus ernsteren Gründen abwegig. Es kommen ja gar nicht die Hungernden zu uns. Und es gibt viele wohlerprobte Strategien gegen Hunger vor Ort: Bildung vor allem, Mikrokredite, Öffnung unserer Märkte für Produkte aus armen Ländern. Dagegen allerdings werden vor allem unsere Landwirte auf die Straße gehen. Die Aufnahme von Wirtschaftsflüchtlingen in fernen Ländern ist kein effektiver Beitrag zur Armutsbekämpfung dort oder zum Ausgleich des Gefälles zwischen Nord und Süd. Gegen Krieg und Bürgerkrieg dagegen gibt es keine bewährten Rezepte. Deshalb sind viele Bemühungen gescheitert.

Die andere Unterscheidung, die hier weiterhelfen kann, mag überraschen. Es ist die Unterscheidung von Barmherzigkeit und Gerechtigkeit. Barmherzigkeit ist ein Affekt, ein humaner und höchst erfreulicher,

nämlich, dem Wortsinn folgend, ein Herz zu haben für die Armen und Elenden, lateinisch „misericordia“. In unserer Tradition steht dafür der barmherzige Samariter (Lukasevangelium 10,25). Zwischen Jericho und Jerusalem war jemand unter die Räuber gefallen, erzählt Jesus. Ein Priester kam vorbei und ein Levit. Sie schauten weg. Aber ein Samariter (für Juden ein Ketzer) erbarmte sich, versorgte die Wunden, brachte den Mann in ein Gasthaus und bezahlte die Pflegekosten. Dem Barmherzigen geht die Not des Elenden zu Herzen, er fragt nicht viel und hilft. Der Gegensatz dazu ist das kalte oder steinerne Herz.

Barmherzigkeit hat ihren Ort in erlebbaren Nahbeziehungen (oder in erlebbar gemachten Fernbeziehungen). Es kann davon nie genug geben. Und sie darf unbekümmert einseitig und parteilich sein für die Notleidenden. Der klassische Ausdruck der Barmherzigkeit war das Almosengeben. Seit der Reformationszeit wird es aber kritisiert, weil es das Bettelwesen stabilisiere. Stattdessen wird Sozialpolitik aus öffentlichen Kassen gefordert.

Gerechtigkeit ist ursprünglich eine Tugend oder Verhaltensweise: Gleiches gleich behandeln, und zwar nach allgemeinen Regeln. Barmherzig zu sein, ist gelegentlich einfacher, als gerecht zu sein. Wäre der barmherzige Samariter auf mehrere Elende gestoßen, wäre er mit dem Gerechtigkeitsproblem konfrontiert worden, wen er mitnehmen kann und wen er zurücklassen muss, da er nur ein Reittier hatte.

Gerechtigkeitsprobleme entstehen immer unter Bedingungen der Knappheit. Wo sie auftreten, lassen sich nie alle Erwartungen erfüllen. Das ist unangenehm, und deshalb ist die Perspektive der Barmherzigkeit beliebter, besonders dann, wenn andere zahlen sollen oder der Staat. Einzelne können barmherzig sein, auch Institutionen, die sich der Barmherzigkeit verschrieben haben. Der Staat aber darf nicht barmherzig sein, weil er gerecht sein muss. Er muss nach Regeln verfahren und die Folgen bedenken. Wenn er Ausnahmen machte, wäre er korrupt. Denn Korruption ist ja nichts anderes als die vorteilhafte Ausnahme für wenige auf Kosten der Allgemeinheit. Daraus folgt: Bei jeder Regelung der Migration, die Gerechtigkeit anstrebt, wird es immer auch Härten, Enttäuschungen und unerfüllte Erwartungen geben.

Ein Autokrat kann Gnade vor Recht ergehen lassen. Im Rechtsstaat ist das regelmäßig nicht zulässig. Für das Bleiberecht gibt es zwar eine Härtefallkommission, aber auch die ist an Regeln mit definierten Ermessensspielräumen gebunden - um der Rechtssicherheit willen. Es gibt viele Schicksale, die das mitfühlende Herz rühren, aber keine Aufenthaltstitel rechtfertigen, weil entsprechende Regeln nicht möglich sind. Wer Haus und Hof verkauft hat, um die Schlepper zu bezahlen; wer sich auf Schlauchbooten im Mittelmeer der Todesgefahr ausgesetzt hat; wer unter Missernten leidet; wer sich vor der Rückkehr fürchtet, weil seine Großfamilie ihm vorhält, das Reisegeld vergeudet zu haben, oder wer, ohne persönlich verfolgt zu sein, unter dem Leben in einer Diktatur leidet, hat dadurch keinen Aufenthaltstitel erworben und muss zurück, wenn das ohne Gefahr für ihn möglich ist. Das ist tragisch und rührt das Herz.

Der Ausdruck „Willkommenskultur“ war und ist irreführend. Weniger als die Hälfte derer, die Asylanträge stellen, bekommen auch einen Aufenthaltstitel. Für die anderen war das „Willkommen“ ein falsches Versprechen. Es hätte heißen müssen: „Wir bedauern, dass ihr fliehen musstet, und bieten euch gern Schutz und Hilfe für die Zeit, die ihr hier seid. Ob ihr dauerhaft bleiben dürft, entscheiden aber die Behörden und hoffentlich schnell.“ Und wir sollten diejenigen, die kein Aufenthaltsrecht erwerben können, möglichst davon abhalten, ihr Geld an Schlepper zu verschwenden.

Aber namentlich bei denen, die zurückgeschickt werden, wären Werke der Barmherzigkeit sehr hilfreich: für einen Neustart. Noch besser wären begleitende Patenschaften. Die finanzielle Unterstützung muss aber spürbar geringer sein als die Schlepperkosten, denn sonst wird die versüßte Ablehnung ein weiteres Motiv, sich auf die Reise zu begeben. Es wäre viel gewonnen, wenn Barmherzigkeit und Gerechtigkeit sich angemessen ergänzten und begrenzten.

Artikel auf faz.net: http://www.faz.net/aktuell/politik/die-gegenwart/fluechtlingskrise-was-wir-migranten-schulden-und-was-nicht-14387586.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2